

Der Ingenieur fand kein Gehör

Das Kölner Stadtarchiv hätte nicht einstürzen dürfen: Vor Jahren wies ein Experte auf gravierende Sicherheitslücken hin. Der Bauherr wollte lieber sparen.

Noch ist der Einsturz des Historischen Archivs der Stadt Köln nicht aufgeklärt, noch ermittelt die Staatsanwaltschaft in verschiedene Richtungen, noch konkurrieren drei Hypothesen: eine undichte Schlitzwand, hydraulischer Grundbruch, falsche Angaben des Baugrundgutachters. Die Ursachenforschung, so Oberstaatsanwalt Günther Feld gegenüber dieser Zeitung, werde „noch Monate“ dauern. Und doch lässt sich heute, am ersten Jahrestags des Unglücks, mit mehr als großer Wahrscheinlichkeit feststellen, dass dieses nicht passiert wäre, wenn die Kölner Verkehrs-Betriebe (KVB) als Bauherr es, gegen alle Usancen, Regeln und Verordnungen des Ingenieurbaus, nicht unterlassen hätten, eine doppelte Bauüberwachung einzurichten – und die Bezirksregierung Düsseldorf als technische Aufsichtsbehörde das nicht hätte durchgehen lassen. Nur so konnten Kontrollinstrumente ausgesetzt werden, die für Bauaufgaben dieser Größe und Schwierigkeit bisher als unverzichtbar galten.

Wie grob fahrlässig verfahren wurde, wie technisch und juristisch relevante Einwände unbeachtet und folgenlos geblieben sind, geht aus einer Zeugenvernehmung hervor, deren Abschrift dieser Zeitung vorliegt. Protokolliert sind darin die Aussagen, die Rolf Sennewald, Geschäftsführer eines weltweit tätigen Ingenieurbüros in München, das am dortigen U-Bahn-Bau maßgeblich beteiligt war, bereits am 1. April 2009 gemacht hat, als ihn die Kölner Kriminalpolizei nach seiner Beteiligung am Bau der Nord-Süd-Bahn befragte. Sennewald, der an der Technischen Universität Prag lehrt, hatte sich, sagt er, Ende 2002 an der europäischen Ausschreibung der Prüfingenieurleistungen für das Bauvorhaben beteiligt und war neun Monate später mit vier, fünf anderen Bewerbern zu einem Bietergespräch eingeladen worden, bei dem ihm auffiel, dass „den Auslobern im Wesentlichen die Angebotssummen interessierten“. Nachdem er auf alle Preise pauschal zehn Prozent nachgelassen hatte, war Sennewald mit der statisch-konstruktiven Prüfung der von der Arge (der Arbeitsgemeinschaft der Unternehmen Bilfinger Berger, Züblin und Wayss & Freytag) vorgelegten statischen Berechnungen und Ausführungspläne für sechs der zwölf Baustellen, darunter der Gleiswechsel Waidmarkt, beauftragt worden.

Noch bevor er den Vertrag unterschrieb, hatte Sennewald, so betont er in der Vernehmung, Anfang 2004 um ein Gespräch mit den KVB gebeten, um darauf hinzuweisen, dass „eine hoheitliche Bauüberwachung mit einer Prüfleistung untrennbar verbunden“ und diese einem Prüfingenieur zu erteilen sei, der „weder den ausführenden Firmen noch dem Bauherrn in irgendeiner Weise verpflichtet“ ist. Gegen dieses Grundprinzip der Unabhängigkeit wurde in Köln verstoßen. Denn die Bezirksregierung hat die Bauüberwachung an die KVB als Bauherrn delegiert, der dem Ingenieur auf dessen Einwand hin erklärte, dass er es „aus finan-

ziellen Gründen ablehne, eine doppelte Bauleitung/Bauüberwachung zu installieren“.

Mit der Aufhebung dieser Gewaltenteilung wurden die KVB in die Lage versetzt, sich der öffentlichen Aufsicht zu entziehen: Sie konnten die Überwachung der Baustelle selbst vornehmen oder eben, um die Kosten zu senken, vernachlässigen. Wie sehr das dem Ingenieur gegen seine Überzeugung und Berufsehre ging, zeigt seine Reaktion: Sennewald bot an, die fehlende Leistung über seine Niederlassung in Recklinghausen zu erbringen und, als auch das abgelehnt wurde, ein Projektbüro in Köln einzurichten. Vergeblich. Zwei erfahrene Bauingenieure hätten ausgereicht, um die Kontrollfunktion zu übernehmen: Sie hätten nicht einmal dauernd auf der Baustelle anwesend sein, sondern diese in gewissen Abständen begehen und sich alle Unterlagen vorlegen lassen müssen. Nach Einschätzung von Experten hätte die Tätigkeit beider bis zu 350 000 Euro im Jahr gekostet, so dass bei einer Beschäftigungsdauer von fünf Jahren ein Mehrbetrag von höchstens zwei Millionen Euro, also knapp zwei Promille der Gesamtkosten, entstanden wären. Die KVB wollten lieber sparen. Damit haben sie einen Schaden von mehr als einer Milliarde Euro riskiert.

Die Zeugenvernehmung deckt weitere Versäumnisse und Schludrigkeiten auf: Die Ausschreibung war nach Einschätzung Sennewalds und seines Anwalts lückenhaft, weil sie Zwischenbauzustände, Abdeckungen und Hilfsbrücken nicht berücksichtigt; sie enthielt derart viele Details, „dass es allein von der Wahrscheinlichkeit her völlig ausgeschlossen ist, dass jedes Detail auf Anhieb korrekt dargestellt wird“. Sennewalds Firma war „zu keinem Zeitpunkt mitgeteilt“ worden, dass die von ihr mit dreißig bis dreihundert Kubikmeter prognostizierte Wassermenge in der Baugrube um ein Mehrfaches überschritten wurde. Hätte er die tatsächliche Wassermenge gekannt, sagte der Ingenieur gegenüber der Kriminalpolizei, hätte er den Bauherrn darauf hingewiesen, „dass entweder die Annahmen zum Boden nicht zutreffend seien oder dass möglicherweise die Schlitzwand Fehler aufweise“. Erst nach dem Unglück hat Sennewald erfahren, dass bereits im Herbst 2008 Probleme mit der Wasserhaltung entstanden waren, dass die abgepumpte Wassermenge in den Wochen davor zwischen siebenhundertfünfzig und tausend Kubikmeter pro Stunde lag und es im Februar 2009 erhebliche Setzungen am Gebäude und mehrere Fehlstellen in der Schlitzwand gegeben hätte. Gesicherte Tatsachen, die, wären sie beachtet worden, zu einem sofortigen Baustopp hätten führen müssen.

Aber genau das ist nicht geschehen. Das Unglück nahm seinen Lauf. Abstimmungsversäumnisse, unterlassener Informationsaustausch, eine undurchsichtige Politik des Teilens und Herrschens: Erst nach dem Einsturz des Archivs fanden sich die KVB, so Sennewald, bereit, ihm sämtliche Unterlagen zur Verfügung zu stellen. Sie sind dem Ingenieur jedoch nur in Teilen zugegangen, denn „die Arge hat sich geweigert, dem nachzukommen“, und „von einer Stunde zur anderen ... ein striktes Informationsverbot für alle Mitarbeiter verhängt“. Von dieser Zeitung auf seine Zeugenvernehmung angesprochen, hat Rolf Sennewald alle Nachfragen mit Verweis auf das laufende Verfahren abgelehnt. Als wir ihn mit den Inhalten des Protokolls konfrontierten, hat er jede der hier aufgeführten Einzelheiten bestätigt.

ANDREAS ROSSMANN